



Kooperationsvereinbarung

zwischen

**der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“
der Landesregierung
im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport,
vertreten durch den Staatssekretär Burkhard Jungkamp**

und

**der Stadt Oranienburg,
vertreten durch den Bürgermeister
Hans-Joachim Laesicke**

Präambel

Als Teil des demokratischen Gemeinwesens im Land Brandenburg bekennt sich die Stadt Oranienburg ausdrücklich zur Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt.

Zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger fördert die Stadt Oranienburg mit ihren Mitteln und Möglichkeiten die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens und unterstützt eine systematische sowie offensive Auseinandersetzung mit Extremismus, insbesondere dem Rechtsextremismus.

Dabei ist sich die Stadt Oranienburg ihrer besonderen Rolle bei der Lösung damit verbundener Probleme auf kommunaler Ebene bewusst, weil die Verbrechen des Nazi-Regimes in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen vor allem eine Bürde, aber auch ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein bedingen. Das hat zur Folge, dass der größte Teil der Oranienburger Bevölkerung die Demokratie als ein hohes Gut besonders schätzt und auf mögliche Gefährdungen sensibel reagiert. Deshalb engagieren sich zahlreiche Einwohner der Stadt in verschiedenen Initiativen seit Jahren für soziale Integration aller Bevölkerungsteile und eine weltoffene, freundliche und tolerante Stadt.

Die Stadt Oranienburg setzt sich gegen jegliche Form von Diskriminierung ein.

Sie solidarisiert sich offen mit den Opfern rechter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Auf der Grundlage der Verfassung des Landes Brandenburg tritt die Landesregierung dafür ein, dass sich Brandenburg als Land sowohl der Freiheit und Solidarität als auch der lebendigen und starken Demokratie weiterentwickelt.

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ bildet dafür den Rahmen: Es verknüpft staatliche und nicht staatliche Möglichkeiten, Rechtsstaat und Bürgergesellschaft und regt damit die Schaffung von breiten Bündnissen quer durch die Gesellschaft an.

Die Stadt Oranienburg unterstützt das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ der Landesregierung und schließt mit der von ihr für die Umsetzung des Handlungskonzepts eingerichteten Koordinierungsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport folgende Kooperationsvereinbarung:

1.

Diese Vereinbarung bildet den Rahmen für die Zusammenarbeit der Stadt Oranienburg mit der Landesregierung, insbesondere mit der von ihr zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ eingerichteten Koordinierungsstelle. Die Zusammenarbeit wird durch Jahresarbeitspläne konkretisiert. Ein Jahresarbeitsplan wird jeweils bis zum 31.12. eines jeden Jahres für das Folgejahr erarbeitet.

2.

Die Stadt gibt die Inhalte des Handlungskonzepts der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie – mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ seinen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere jedoch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem eigenen kommunalen Verantwortungsbereich, in geeigneter Form bekannt.

Ein grundsätzliches Ziel ist es, das Handlungskonzept in seinen handlungsrelevanten Abschnitten als zivilgesellschaftlicher ‚Ehrenkodex‘ gerade auch auf kommunaler Ebene zu erschließen.

3.

Auf der Grundlage des Handlungskonzepts der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie – mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oranienburg vom 26.05.2008 „Oranienburg ist anders / Leitbild Toleranz“ entwickelt die Stadt einen Aktionsplan und setzt diesen kontinuierlich sowie engagiert um.

Die Koordinierungsstelle berät und unterstützt bei Bedarf die Stadt Oranienburg in diesen Bemühungen.

4.

Die Stadt Oranienburg und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ vereinbaren einen regelmäßigen Informationsaustausch über Aktivitäten, die im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ geplant oder entstanden sind, und berücksichtigen diese in ihrer jeweiligen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (z.B. auch im Internet).

Dafür stellt die Koordinierungsstelle das Logo des Handlungskonzepts und andere Materialien zur Verfügung, die in geeigneter Weise von der Stadt Oranienburg eingesetzt werden können.

5.

Einzelne Maßnahmen und Veranstaltungen im Verantwortungsbereich der Stadt Oranienburg eignen sich in besonderer Weise, zur Stärkung demokratischer Strukturen beizutragen und rechtsextremistische Einflüsse abzuwehren.

Es sind vorwiegend solche Aktivitäten, die folgende Teilziele verwirklichen:

- zivilgesellschaftliches und lokales Engagement stärken;
- bestehende Bündnisse und Netzwerke stärken;
- Trends und Strategien des Rechtsextremismus offen legen;
- Jugend zur Toleranz und Demokratie erziehen;
- neue Lösungsansätze in der Kinder- und Jugendarbeit finden;
- interkulturelle Begegnungen fördern.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ unterstützt und berät die Stadt dazu bei Bedarf.

6.

Die Stadt Oranienburg kann bei der Koordinierungsstelle im Rahmen des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" die Förderung von Einzelmaßnahmen beantragen. Eine Förderung ist nur unter dem Vorbehalt dafür vorgesehener Haushaltsmittel möglich.

7.

Diese Kooperationsvereinbarung wird auf unbestimmte Dauer geschlossen; sie kann jedoch von beiden Partnern jederzeit mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Dazu bedarf es der Schriftform.

Oranienburg, den 20. September 2008

Burkhard Jungkamp,
Staatssekretär,
Ministerium für Bildung, Jugend
und Sport des Landes
Brandenburg

Hans-Joachim Laesicke,
Bürgermeister der Stadt
Oranienburg